

Lehrpersonal dringend gesucht

Schulleiter klagen über ungenügende Auswahl – vor allem Heilpädagogen sind gefragt



Wegen der neuen Ausbildung hat sich der Lehrpersonal-mangel auf die Kindergärten ausgeweitet

FOTO: CHRISTINE BÄRLOCHER/EX-PRESS

VON PETRA WESSALOWSKI
UND SERAINA KOBLER

BERN Einige Pädagogische Hochschulen bilden so viel neue Lehrkräfte aus wie noch nie – trotzdem herrscht weiterhin Lehrermangel. In der Deutschschweiz sind rund 40 Prozent der offenen Stellen noch unbesetzt. Das zeigt eine Umfrage des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz (VSLCH), die der SonntagsZeitung exklusiv vorliegt. 50 Prozent aller Schulleiter nahmen bis Ende Mai daran teil. «Es gibt keine Entschärfung», sagt VSLCH-Präsident Bernard Gertsch.

Am prekärsten ist die Situation bei den Heilpädagogen. 90 Prozent der 734 antwortenden Schulleiter bezeichnen die Suche «als sehr schwierig bis hoffnungslos». Auf der Sekundarstufe I hat über die Hälfte der Schulen grosse Mühe, qualifizierte Lehrer zu finden. Auf der Unterstufe war die Lage bisher nicht so angespannt. Doch nun sagt jeder dritte Schulleiter, dass es schwierig sei, Kindergärtnerinnen zu finden. Letzteres führt Gertsch auf die neue Aus-

bildung zurück. Die Ausbildung für Unterstufe und Kindergarten sei gleich. «Die Anstellung in der Unterstufe ist attraktiver.»

Franziska Peterhans, Zentralsekretärin des Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH), bestätigt: «Am Lehrermangel hat sich nichts geändert.» Besonders beunruhigt sie, dass fast 20 Prozent der Schulleitungen angeben, dass sie noch mehr Mühe haben, die passenden Lehrpersonen zu finden als in früheren Jahren. «Wenn es keine Auswahl gibt, leidet die Qualität.»

Der Mangel an Heilpädagogen war laut Peterhans absehbar. «Vermutlich wurde das Problem unterschätzt.» Selbst gutes Lehrpersonal könne eine Heilpädagogin nicht ersetzen.

Unbesetzte Stellen setzen übrige Lehrer unter Druck

Bernard Gertsch, selbst Schulleiter auf Sek-I-Stufe in Neukirch-Egnach TG, sieht ein weiteres Problem: «Die Schulleitungen erhalten zu wenig Ressourcen, um die Junglehrer zu begleiten». Die Folge: Sie halten oft nicht lange durch. Dies ist um so gravieren-

Jeder Dritte pensioniert

In der Schweiz geht ein Drittel des Lehrpersonals in den nächsten zehn Jahren in Rente.

Derzeit werden im Kanton Bern jährlich 150 Lehrer pensioniert, ab 2018 werden es über 600 sein. «Diese Vervielfachung ist ein Problem», sagt der Berner Erziehungsdirektor Bernhard Pulver. Obwohl die Pädagogischen Hochschulen deutlich mehr Anmeldungen verzeichnen und es zahlreiche Quereinsteiger gibt, reicht laut dem Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer der positive Trend nicht, um die Lücken zu füllen. Denn die Schulabgänger sind vorwiegend Männer und Vollzeitangestellte. Sie müssen in der Regel durch zwei bis drei Lehrpersonen mit Teilpensen ersetzt werden. Gleichzeitig steigt die Zahl der Schulkinder jährlich um rund zehn Prozent. Schulleiter Bernard Gertsch ist dennoch zuversichtlich: «Das Berufsprestige steigt wieder – Lehrer werden wieder «in.» (PW)

der, als in den nächsten Jahren ein Drittel des Lehrpersonals in Pension geht (siehe Kasten).

Laut Martin Wendelspiess, Chef des Volksschulamts des Kantons Zürich, hat sich die Stellensituation momentan entspannt. «Eine neue Studie zeigt zudem, dass auch die Neueinsteiger nicht aus beruflichen Gründen wie Überlastung kündigen, sondern im Gegenteil eine hohe Berufszufriedenheit haben.»

Doch die sieht Bernard Gertsch in Gefahr. «Wenn Stellen nicht oder nicht optimal besetzt werden, steigt der Druck auf das übrige Lehrpersonal, was wiederum zu Krisen und Kündigungen führt.» Für die Schulleitungen ist die Situation ebenfalls eine Belastung und auch hier droht künftig ein Mangel an qualifizierten Führungskräften. «Der Beruf wird dann attraktiv, wenn ich Gestaltungsmöglichkeiten habe», sagt Gertsch.

Beim Berner Erziehungsdirektor Bernhard Pulver stösst die Forderung auf offene Ohren. «Wir wollen nicht noch mehr Reformen, sondern die Freiräume der Schulen stärken.»

POLITOHR

Der neue FMH-Präsident **Jürg Schlup** lernt schnell aus den Fehlern seines Vorgängers. Zu seiner Haltung gegenüber der Managed-Care-Vorlage, über die am nächsten Sonntag abgestimmt wird, sagt er – nichts. **Jacques de Haller** ist unter anderem nur noch deshalb bis Dezember im Amt, weil er mit seinem Ja-Nein-Kurs zu Managed Care zu viele Ärzte verärgerte. Die Wahl vom letzten Donnerstag verschärft nebenbei auch noch den Hausärztemangel. Der Neue, Jürg Schlup, wird seine Tätigkeit in einer Gemeinschaftspraxis im bernischen Zollikofen aufgeben. Und Jacques de Haller will nicht mehr wie früher als Allgemeinpraktiker in Genf arbeiten.



Die Mitglieder der Schweizer Landesregierung um Bundespräsidentin **Eveline Widmer-Schlumpf** sagen den Papierstapeln in ihren Büros den Kampf an. Der Bundesrat setzt neu auf ein Software-System statt auf dicke Ordner. Laut Regierungssprecher **André Simonazzi** werden die wöchentlichen Sitzungen fortan komplett elektronisch vor- und nachbereitet. Dies habe den Vorteil, dass viel effizienter gearbeitet werden kann. Alle Informationen seien sofort im System einsehbar und müssten nicht mehr mühsam an die Departementsvorsteher verteilt werden. Ob der Bundeshauskuriere deswegen bereits um seinen Job bangt?

Nachdem sie im November ihren in Neuseeland beheimateten Familienzweig besucht hatte, hat SVP-Nationalrätin **Natalie Rickli** derzeit selbst zehnköpfigen Familienbesuch aus Neuseeland. Rickli will ihren Gästen das Fotomuseum Winterthur, aber auch den Rheinfall zeigen. Ihren «ausländischen Familienteil ins Bundeshaus mitzunehmen, ist derzeit aber offenbar nicht geplant. Dabei käme es bei vielen Parlamentariern doch gut an, dass sich eine SVP-Vertreterin welttoffen zeigt.



ZITAT DER WOCHE

«Ich bin kein grosser Eishockey-Fachmann»

Thomas Matter

Der Kloten-Retter und SVP-Politiker im Gespräch mit dem Newsnet des «Tages-Anzeigers»

Anmelderekord für neue Ökostromanlagen

Wirtschaftsdachverband Economiesuisse setzt sich für die Förderung von erneuerbaren Energien ein

BERN Der Bund verzeichnet einen Anmelderekord beim Fonds zur Förderung von Ökostromanlagen. Gemäss den neusten Zahlen von Swisgrid, dem Schweizer Übertragungsnetzbetreiber, sind im Mai 1112 Anmeldungen für die Förderung durch die KEV, die «Kostendeckende Einspeisevergütung», eingegangen. Seit einem Jahr sind damit konstant über 800 Anmeldungen monatlich für die Förderung von Fotovoltaik-, Wasser- oder Windanlagen eingegangen. Dies ist umso erstaunlicher, da es eine lange Warteliste für die KEV-Förderung gibt und die Gefahr besteht, dass die Antragsteller erst Jahre später von der Förderung ihrer Anlagen profitieren

können. Umweltpolitiker fordern deshalb längst eine Aufstockung des KEV-Fördertopfs.

«Dass immer mehr Bürger Ökostromanlagen bauen, obwohl die Förderung ungewiss ist, zeigt, dass die Bevölkerung beim Energieumbau vorwärtsmacht», sagt Stefan Batzli, der Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (AEE). Die Politik müsse ihren Fahrplan dieser erfreulichen Entwicklung endlich anpassen.

Die Wirtschaft lenkt nämlich bereits ein: Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse spricht sich überraschend für eine parlamentarische Initiative aus, über die die Umweltkommission des

Atomausstiegsvertrag

SP-Nationalrat Eric Nussbaumer verlangt einen Staatsvertrag zur Ausserbetriebnahme der AKW in Fessenheim und Mühleberg. Per Motion will er den Bundesrat beauftragen, mit Frankreich eine bilaterale völkerrechtliche Verständigungsvereinbarung zur Stilllegung der ältesten AKW der beiden Länder zu treffen. Dies, weil Präsident François Hollande angekündigt hatte, Fessenheim 2017 vom Netz zu nehmen und weil das bernische AKW Mühleberg in den nächsten Jahren abgeschaltet wird.

Ständerats am kommenden Dienstag befindet. Mit dem Vorstoss soll nicht nur der KEV-Fonds erhöht werden, sondern es soll auch Erleichterungen für energieintensive Unternehmen geben. «Das ist ein tragfähiger und zukunftstauglicher Kompromiss, der nun rasch beschlossen und an die Hand genommen werden muss», sagt Economiesuisse-Direktionsmitglied Kurt Lanz.

Batzli seinerseits glaubt, dass dank dem Einlenken der Wirtschaft am Dienstag auch die ständerätliche Kommission Hand dazu bietet, dass die Wartezeiten bei der KEV-Förderung rasch abgebaut werden können.

PASCAL TISCHHAUSER

Polit-Prominenz an Trauerfeier

FDP-Bundesräte und Parlamentskollegen nehmen Abschied von Otto Ineichen

SURSEE Es wird ein Grossandrang erwartet, wenn morgen um 10.30 Uhr die Trauerfeier für den am Mittwoch verstorbenen FDP-Nationalrat Otto Ineichen anfängt.

Ihrem Parlamentskollegen die letzte Ehre erweisen werden auch die Luzerner Parlamentarier. Sie haben sich über die Parteilinien hinweg zusammengesetzt und seiner Stiftung Speranza einen Betrag in nicht genannter Höhe gespendet.

In der Pfarrkirche St. Georg in Sursee dabei sein werden auch die FDP-Bundesräte Johann Schnei-



Otto Ineichen:
Letzter Abschied

der-Ammann und Didier Burkhalter, FDP-Chef Philipp Müller und Sursees Stadtpräsident Ruedi Amrein.

«Hannes», wie Ineichen seinen bundesrätlichen Freund stets nannte, Müller und Amrein werden den Menschen Otto Ineichen sowie sein Schaf-

fen in ihren Reden würdigen. Kaum ein Parlamentarier mag sich vor dem morgigen Tag zu Ehren Ineichens noch öffentlich äussern. «Klar ist, Otto fehlt uns schon heute sehr», teilt ein Weggefährte die Ansicht vieler Parlamentskollegen mit. (PT)